Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegramm-Adresse „Tageblatt", Riesa. Fernsprechstelle Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

47. Jahrg.

№ 17. Montag, 22. Januar 1894, Abends.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung,

die Verwendung von Schulkindern zu Theateraufführungen 2c. betr.

Da im Laufe dieses Winters **Schulkinder** mehrfach zu theatralischen Aufführungen und anderen öffentlichen Schaustellungen verwendet worden sind, ohne daß die in § 47, Abs. 7 der Ausf.-Verordnung zum Volksschulgesetze vorgesehene Erlaubnis eingeholt worden wäre, wird hierdurch § 11, Abs. 3 der Schulordnung der Stadt Riesa öffentlich bekannt gemacht, welcher lautet:

„Schulkindern und Fortbildungsschülern ist die Mitwirkung an öffentlichen **Concerten, Theateraufführungen** und **anderen** Schaustellungen ohne Genehmigung des Direktors **verboten.**"

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung wird von hier aus gegen die Erziehungspflichtigen betheiligter Kinder Strafantrag gestellt werden.

Riesa, am 20. Januar 1894.

Die Direktion der städtischen Schulen.
Bach.

Verdingung.

Die bei der Erbauung eines Dienst- und Vorrathsgebäudes, sowie einer Waschanstalt im Barackenlager bei Zeithain erforderlichen:

Loos 7 Anstreicher- und Tapezierarbeiten,
Loos 11 Steinsetzer- und Chausirungsarbeiten,
Loos 12 Garten- und Planirungsarbeiten,

einschließlich Lieferung der Materialien, sollen im Wege der unbeschränkten Verdingung am

30. Januar a. c., Vorm. 10 Uhr

im **Geschäftszimmer** der Königlichen Garnison-Verwaltung zu **Riesa** vergeben werden. Zeichnung und Verdingungs-Unterlagen liegen daselbst zur Einsicht aus; Verdingungs-Anschläge können gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen werden.

Angebote mit der Aufschrift:

„Waschanstalt Zeithain" Loos 7 bezw. 11 12

sind versiegelt, postfrei und mit der Adresse des Absenders versehen an die Königliche Garnison-Verwaltung zu Riesa bis zu obengenanntem Termine einzureichen. Proben der zur Verwendung kommenden Steinsetzermaterialen, sind an die **Militär-Baudirection** in Dresden-Albertstadt **vor** dem Verdingungstermin postfrei einzusenden. Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Dresden, den 20. Januar 1894.

Militär-Baudirection.

Vom Reichstag.

„Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen!" könnte man angesichts der Kritik ausrufen, welche der Weinsteuer zu Theil geworden ist, zumal am dritten Tage, der ganz ungewöhnlich fesselnde und bemerkenswerthe Ereignisse brachte. Vielleicht in einer Ahnung kommender Dinge war das hohe Haus stärker, als sonst besetzt, im Gegensatze zu den Tischen des Bundesrathes, an denen man den preußischen Finanzminister am Sonnabend gar nicht und den bayerischen nur spät für kurze Zeit erblickte. Den Kampf leitete der bewegliche Herr Payer ein, der in übersprudelnd schneller Rede mit unverkennbar schwäbischer Klangfarbe die Vorlage und Herrn Dr. Miquel sehr scharf bekämpfte. Die neue Steuer sei nicht der Weg, die Glieder des Reiches fester zusammenzukitten; sie sei eine wuchtige Waffe für alle Unzufriedenen in Süddeutschland. Herr Dr. Miquel habe einst gesagt: „Mein Herz gehört der Pfalz!" Wenn er heute nach der Pfalz käme, würde man ihm dort „sein Herz mit Protest zurückgeben." Wiederholt erhielt der Redner Zeichen der Zustimmung. Die größte Aufmerksamkeit aber ward ihm zu Theil, als er über die Protokolle derjenigen Verhandlungen, die im November 1870 zwischen den Vertretern Württembergs und des Norddeutschen Bundes-stattfanden, sprach. Württemberg habe damals — so behauptete er unter Verlesung der Protokolle — die Zusicherung erhalten, daß aus verschiedenen Gründen das Reich niemals eine Weinsteuer einführen werde, und habe, hierauf vertrauend, auf vertragsmäßige Festlegung dieses Versprechens verzichtet. Dieses Vertrauen rächt sich jetzt.

An diese Ausführungen knüpfte sofort der württembergische Ministerpräsident Frhr. von Mittnacht an. Als er sich von seinem gewohnten Platze am linken Berichterstattertische erhob, trat überall sofort lautlose Stille ein, die nur durch häufiges „Hört, hört!" und zum Schluß durch immer lebhafteren Beifall unterbrochen wurde. In sehr langsamer, nur allmählich schneller werdender Rede und mit scharfer, aber leiser, trotz der tiefen Stille schwer verständlicher Stimme schilderte er die von Payer erwähnten Verhandlungen näher, denen er als Vertreter Württembergs beigewohnt habe. Die übrigen süddeutschen Staaten hätten sich damals dem Vorgehen Württembergs nicht angeschlossen. Württemberg habe deshalb schließlich nicht für sich allein eine vertragsmäßige Ausschließung einer Reichs-Weinsteuer durchzusetzen vermocht, habe aber auch aus den Erklärungen der Vertreter des Norddeutschen Bundes die Ueberzeugung geschöpft, daß eine Weinsteuer nicht zu befürchten sei. Eine rechtliche Bedeutung hätten diese Erklärungen freilich nicht gehabt, auf die, gegen die Erwartung Württembergs, der Bundesrath später nicht weiter eingegangen sei. Die württembergische Regierung erkennt an, daß eine Auseinandersetzung zwischen den Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten erfolgen müsse. Die fleißigen, armen Weinbauern seien aber an der äußersten Grenze ihrer Steuerkraft angelangt, und keine württembergische Regierung könne zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage die Hand bieten. Hier ertönte lautes Bravo, und als Herr von Mittnacht mit der Erklärung schloß: die württembergische Regierung werde einer Steuer auf Schaum- und Kunstwein zustimmen, aber sie habe einer Reichsweinsteuer im Bundesrath widersprochen, da folgte seinen Worten ein langanhaltender, rauschender Beifall. Im Bundesrath wie im Hause herrschte lebhafte Bewegung; Herr von Mittnacht sprach mit dem Grafen Posadowsky; überall sah man Gruppen in erregter Unterhaltung. Die Stimme des folgenden Redners — Herrn Roeren — verhallte zuerst ungehört, und als die Glocke des Präsidenten die Ruhe wieder hergestellt hatte, verließen die meisten Abgeordneten den Saal, um draußen ihre Ansichten weiter auszutauschen. Bald aber kehrte die Fluth wieder zurück, da sich unerwartet eine große, sehr erregte und interessante Geschäftsordnungs-Debatte entspann. Herr von Kardorff beantragte nämlich nach dem „unerhörten" Vorgange, daß ein Mitglied des Bundesraths im Reichstage einer Vorlage der verbündeten Regierungen widersprochen habe, Vertagung der Sitzung. Der Reichskanzler müsse, so meinte er, sich zuerst über die Auslassungen des württembergischen Ministerpräsidenten äußern, dessen Widerspruch auf eine tiefe Verstimmung im Bundesrath schließen lasse. Derselben Ansicht war Herr Rickert; auch er wünschte, daß der Kanzler sich darüber ausspreche, ob der württembergischen Regierung ein Versprechen nicht gehalten sei. Nebenbei wollte er auch noch den verbündeten Regierungen Gelegenheit geben, freiwillig eine Vorlage zurückzuziehen, die kaum auf ein Dutzend Stimmen zu rechnen habe. Seine und des Vorredners Auffassung ward durch Herrn v. Mittnacht insofern berichtigt, als dieser erklärte, er habe ausdrücklich gesagt, daß 1870 den württembergischen Bevollmächtigten „kein eigentliches Versprechen" und zumal kein rechtsgiltiges gegeben sei. Für die Vertagung trat noch Herr Hammacher ein mit scharfen Seitenhieben, während sich gegen dieselbe die Herren Groeber, Richter und Singer aussprachen. Die württembergische Regierung habe nur von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, nachdem sie im Bundesrath überstimmt worden, sich im Reichstage gegen eine Vorlage auszusprechen. Ein Gleiches sei schon mehrmals vorgekommen. Herr Richter wünschte überhaupt, man möge die Vorlage gleich ablehnen. Jedenfalls werde er aber für eine Vertagung nur stimmen, wenn die Regierung eine solche wünsche. Solches sei, so erklärte darauf Graf Posadowsky, nicht der Fall, da der Bundesrath sich nicht in innere Angelegenheiten des Reichstages mischen wolle. Die württembergische Regierung habe durchaus loyal verfahren. Freiherr von Mittnacht dankte für dieses Zeugniß und erklärte noch, er habe seine Absicht, über die Verhandlungen von 1870 zu sprechen, vorher dem Reichskanzler und dem Staatssekretär von Marschall mitgetheilt, was Letzterer bestätigte. Die Herren Rickert und Hammacher äußerten sich darauf gegen eine Vertagung. Herr von Kardorff hielt trotzdem seinen Antrag aufrecht, fand nunmehr aber unter großer Heiterkeit nicht einmal die nöthige Unterstützung von 30 Stimmen. — Der Zwischenfall war damit erledigt, zugleich aber auch das Interesse für die noch folgenden Reden erschöpft, und der Saal ward bis zum Schlusse fast ganz leer. Als zuletzt ein Antrag auf Schluß der Berathung angenommen war, meinte persönlich Herr Munckel unter allgemeiner Heiterkeit, er habe zwar noch als Vertreter von Grünberg sprechen wollen, aber doch nichts Neues mehr vorzubringen gehabt. Ein Theil des hohen Hauses wollte nunmehr die Vorlage möglichst schnell gleich in zweiter Lesung begraben; die Mehrheit aber entschied sich dafür, sie erst in üblicher Weise von einer Kommission einsargen zu lassen. Somit ward die Weinsteuer derselben Kommission überwiesen, welche sich schon mit der Tabaksteuer zu befassen hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die „Schles. Ztg." meldet, der Kaiser habe neuerdings sich gegenüber einem der konservativen Partei nahestehenden Herrn dahin ausgesprochen, die Konservativen sollten nicht denken, daß er sich in der Wahl seiner Rathgeber irgendwie beeinflussen lassen würde, und daß er insbesondere in Bezug auf den russischen Handelsvertrag nicht ganz hinter dem Grafen Caprivi stände. Diese Meldung ist, wie aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, richtig. Es wird der „T. R." sogar berichtet, daß die Aeußerungen Sr. Majestät noch viel unzweideutiger lauteten, als die Mittheilung der „Schles. Ztg." erkennen läßt. Der vom Kaiser angeredete Herr ist der Träger eines bekannten konservativen Namens.

Wie zu erwarten war, sucht die Sozialdemokratie aus den Vorgängen bei der polizeilichen Auflösung der letzten Versammlung von Arbeitslosen in Berlin Kapital zu schlagen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat im Reichstage eine Anfrage über den Nothstand eingebracht, die in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird. Sie lautet: „Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Frage: Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegen zu wirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht." Anknüpfend daran wird die Fraktion das Vorgehen der Berliner Polizei bei der gedachten Versammlung zur Sprache bringen.

Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck, so melden die „Hamb. Nachr.", hat sich in den letzten Tagen nach Ueberwindung der Influenza wieder gehoben, auch die Schlaflosigkeit der Nächte hat abgenommen. Die rheumatischen Gesichtsschmerzen verursachen dem Fürsten noch Beschwerden, aber das Allgemeinbefinden weist unverkennbare Besserung auf.

Die Erklärungen, welche der Präsident des württembergischen Staatsministeriums, Herr v. Mittnacht, über die Stellung der württembergischen Regierung zum Weinsteuer-Gesetzen wurf im Reichstag abgab (vergl. Reichstagsbericht), erregen das größte Aufsehen. Eine so scharfe Bekämpfung eines vom Bundesrathe genehmigten Gesetzentwurfes durch einen Vertreter eines Einzelstaates ist, wie die „Krzztg." mit Recht sagt, bisher noch niemals vorgekommen.

Aus Berlin schreibt man der „Köln. Zeitung" unter dem 19. ds. Mts.: „Die Berliner Polizei hat gestern den Sozialdemokraten einen großen Gefallen erwiesen, indem sie